

Resolution

der Stadt

an den Deutschen Städtetag

Für eine atomwaffenfreie Welt

- damit unsere Kinder und Enkel eine friedliche Zukunft haben!

Im November 2016 wurde durch 5 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen eine Resolution im sogenannten Ersten Komitee der UN-Vollversammlung eingereicht, die die **Aufnahme von Verhandlungen für ein weltweites Verbot von Atomwaffen** zum Inhalt hatte. Eine breite Mehrheit der Mitgliedsstaaten (123) stimmten dieser Resolution zu. 16 Staaten enthielten sich der Stimme, und 38 Staaten, darunter USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und Deutschland lehnten die Resolution ab und boykottierten die im März 2017 begonnenen Verhandlungen.

Am 7. Juli 2017 haben 122 Staaten bei den Vereinten Nationen in New York einen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen unterzeichnet.

Bekanntnisse gegen Atomwaffen gab es seitens Bundesregierung und Bundestag in der Vergangenheit bereits mehrfach.

Im **Koalitionsvertrag** der 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages von **2009-2013** hatten sich die **Regierungsparteien CDU, CSU und FDP** u.a. festgeschrieben:

"Wir unterstützen mit Nachdruck die von US-Präsident Obama unterbreiteten Vorschläge für weitgehende Abrüstungsinitiativen - einschließlich des Ziels einer nuklearwaffenfreien Welt. Wir werden uns im NATO-Bündnis und gegenüber unseren amerikanischen Verbündeten dafür einsetzen, dass die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden."

Der Deutsche Bundestag stimmt 2010 mit Mehrheit für die Aufnahme entsprechender Verhandlungen.

Heute muss festgestellt werden, dass diese Absichtserklärungen nicht in die Tat umgesetzt wurden. Im Gegenteil. Die ablehnende Haltung zur eingangs genannten UN-Resolution auch durch Deutschland und die Nichtteilnahme an den Verhandlungen zeigen einen deutlichen Sinneswandel. Dies wird dadurch bekräftigt, dass Deutschland den Modernisierungsprozess der 20 amerikanischen Atomsprengköpfe in Deutschland unterstützt und die als Trägermittel der Atomwaffen geplanten deutschen Tornados am Standort Büchel (Rheinland-Pfalz) für diese Zwecke umrüsten lässt.

In einer sehr unsicher gewordenen Welt, in der die politischen, wirtschaftlichen und militärische Konflikte immer dichter vor "unserer Haustür" stattfinden, sehen wir uns **als**

gewählte Kommunalvertreter in der Pflicht und Verantwortung, uns für die Interessen der Bürger unseres Stadt einzusetzen. Wir wenden uns mit 2 Kernforderungen an den *Deutschen Städtetag* mit der Bitte, diese **Forderungen gegenüber Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat** zu vertreten.

1. Deutschland muss sich der besonderen Verantwortung für den Frieden in Europa bewusst sein. Deshalb muss die Bundesregierung sich dem Atomwaffenverbotsvertrag anschließen und somit mit konkreten Taten den Kampf um eine atomwaffenfreie Welt unterstützen.
2. Die deutsche Bundesregierung soll unter Führung der Bundeskanzlerin Merkel ihre Wahlversprechen aus 2009 realisieren und mit den Bündnispartnern der NATO Maßnahmen zu baldigen Abzug amerikanischer Atomwaffen von deutschem Boden vereinbaren.

Die Verantwortung für die kommunale Daseinsvorsorge darf sich in Zeiten, in denen aus bereits laufenden Regionalkriegen jederzeit auch ein neuer Weltkrieg entstehen kann, nicht mehr nur auf die bisherigen kommunalen Dienstleistungen beschränken.

Ein nuklear geführter Krieg würde die Existenzgrundlagen jeglichen Lebens auf der Erde für immer vernichten.

Die ***Verhinderung einer nuklearen Katastrophe*** und die ***Sicherung des Friedens*** muss somit **die vorrangige Pflicht der kommunalen Daseinsfürsorge** werden.

Diese Resolution wurde durch die Stadtverordnetenversammlung auf der Sitzung am xx.xx.2017 einstimmig / mehrheitlich beschlossen.

Vorname Name

Vorsitzende/r der Stadtverordnetenversammlung